

MATTHIAS GRETZSCHEL

Für ihre letzte komplette Arbeitswoche hat Hamburgs Noch-Kultursenatorin Karin von Welck gleich eine doppelte Überraschung geplant: Nach Abendblatt-Informationen will die parteilose Politikerin kurz vor ihrem Abgang noch ein lange aufgeschobenes Projekt unter Dach und Fach bringen – und in der Museumslandschaft eine offene Rechnung begleichen.

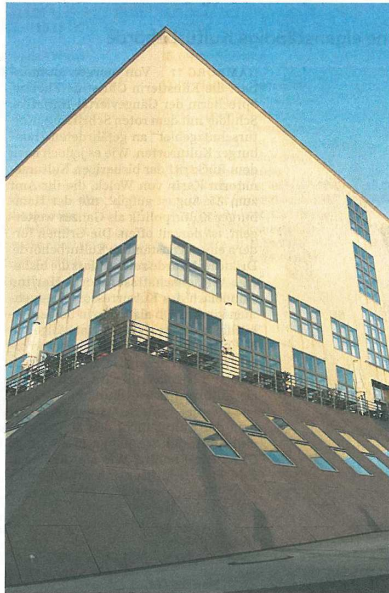
Nach monatelangen Verhandlungen ist es nun gelungen, die hochkarätige Kunstsammlung von Harald Falckenberg an die Deichtorhallen anzubinden. Eine entsprechende Vereinbarung, die eine Laufzeit von zunächst mehr als ein Jahrzehnt beinhaltet, wird die Eigentumsverhältnisse zwar nicht berühren, sieht aber eine enge Kooperation sowohl bei Ausstellungen als auch bei der Lagerung von Kunstwerken vor. Dafür soll den Deichtorhallen ein zusätzliches jährliches Budget von 500 000 Euro zur Verfügung stehen. Diese Vereinbarung ist bereits unterschrieben und wird in Kraft treten, sofern der Aufsichtsrat der Deichtorhallen, vor allem aber die politischen Gremien, dem Plan zustimmen.

Die offene Rechnung bezieht sich auf die Kunsthalle mit ihrem Direktor Hubertus Gaßner. 2006 hatte von Welck den Ausstellungsmacher vom Essener Folkwang-Museum nach Hamburg geholt, betrachtet ihn aber inzwischen nicht mehr als loyal. Nun will die Senatorin offenbar verhindern, dass er weiterhin im Amt bleibt. Dass Karin von Welck so kurz vor Toresschluss den Museumsdirektor ins Visier nimmt, erklärt sich aus einer längeren Vorgeschichte: Hamburgs größtes Kunstmuseum ist von allen Hamburger Museen am höchsten verschuldet, verzeichnet aber auch mit Abstand die höchsten Besucherzahlen und trägt mit oft überregional wahrgenommenen Sonderausstellungen erheblich zum Renommee Hamburgs als Kulturstadt bei.

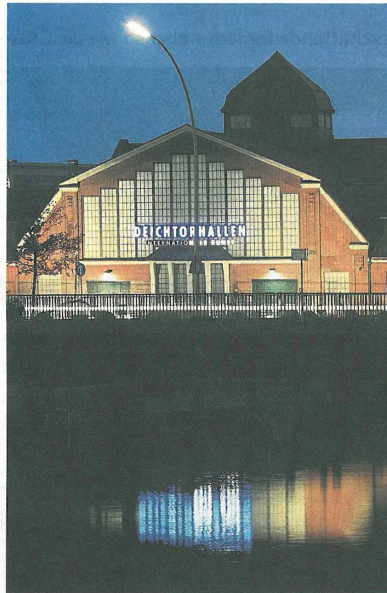
Von Welcks durchgesetzte Entschuldung reichte nicht aus

Wie bei den anderen sieben ehemals staatlichen Hamburger Museen resultieren auch die Schulden der Kunsthalle größtenteils aus einem strukturellen Defizit. Dieses hatte die heutige Kultursenatorin von ihrer Vorgängerin Christina Welss „geerbt“, die die Museen 1999 in Stiftungen umwandeln ließ, allerdings ohne sie angemessen finanziell auszustatten. Auf Empfehlung einer Expertenkommission setzte von Welck 2007 sowohl eine Erhöhung der Zuwendungen durch, als sich selbst diese Kraftanstrengung zwei Jahre später als nicht ausreichend erwies und die Museen erneut teilweise hohe Schulden verzeichneten, forderte sie von den Stiftungen drastische Sparmaßnahmen.

Im Fadenkreuz stand dabei stets die Kunsthalle, was mehrfach für Schlag-



Zuletzt Ort von Auseinandersetzung: die defizitäre und zugleich renommierte Kunsthalle. Foto: dpa



Die Deichtorhallen sollen bald eng mit der Kunstsammlung Falckenberg verbunden sein. Foto: picture-alliance

Ihr letztes Gefecht

Kurz vor dem Ausscheiden plant Karin von Welck noch einen doppelten Coup



Die Zukunft von Kunsthallen-Direktor Hubertus Gaßner ist ungewiss.
Foto: Reto Klar



Kultursenatorin Karin von Welck (parteilos) tritt am 25. August zurück.
Foto: dpa



Kunstsammler Harald Falckenberg sorgt für gute Nachrichten.
Foto: Reto Klar

zeilen sorgte. So beauftragte der Stiftungsrat Hubertus Gaßner 2009 damit, eine Liste mit Kunstwerken zusammenzustellen, mit deren Verkauf sich das Museum sanieren ließe. Gaßner weigerte sich und erhielt dafür viel Zustimmung, während die Senatorin bundesweit für negative Schlagzeilen sorgte.

Das eigentliche Zerwürfnis zwischen von Welck und Gaßner entstand jedoch erst im vergangenen Mai. Die Senatorin hatte erneut eine Entschuldung der inzwischen wieder mit 1,5 Millionen Euro in der Kreide stehenden Kunsthalle politisch durchgesetzt, verlangte aber im Gegenzug, dass das Museum den

vorgegebenen Haushaltsplan um jeden Preis einzuhalten habe. Gaßner und sein Geschäftsführer Roman Passarge machten zahlreiche Vorschläge, von denen jedoch nur wenige realisierbar erschienen. Und allen Beteiligten war eigentlich klar, dass die Einsparungen ohne spürbare Leistungseinschränkungen nicht zu haben sein würden. Um die 200 000 Euro im laufenden Haushalt einsparen zu können, hätte man eine mehrmonatige Schließung der Galerie der Gegenwart in Kauf nehmen müssen. Schließungen aus Kostengründen wollte sie wegen des damit verbundenen Imageschadens keinesfalls akzeptieren.

Schließlich gab die Kulturbehörde völlig überraschend bekannt, dass der Ungersbau mehrere Monate lang geschlossen bleibe, weil fehlerhaft montierte Brandschutzklappen unbedingt ausgetauscht werden müssten.

Gründe für Schließung der Kunsthalle waren vorgeschoben

In dem Verwirrspiel um die Brandschutzklappen, das sich nun anschloss, machte die Senatorin eine denkbar schlechte Figur. Ein Brandschutzexperte bestätigte dem Abendblatt, dass – anders als die Kulturbehörde verlautbaren ließ – keine Gefahr im Verzug sei. Und

Gaßner erklärte in einem Abendblatt-Interview, das bundesweit für erhebliche Aufregung sorgte: „Es ist richtig, dass die Brandschutzklappen ausgetauscht werden müssen. Aber das ist nicht der Grund für die Schließung.“ Auf die Frage, ob die Schließung die einzige Möglichkeit sei, die Sparvorgaben zu erfüllen, antwortete Gaßner: „Wir haben Vorschläge gemacht, um die von uns geforderten 200 000 Euro im noch verbleibenden Jahr einzusparen, sehen aber keine Alternative.“ Damit stellte der Kunsthallen-Chef in bemerkenswerter Offenheit klar, dass die von der Kulturbehörde angegebenen Schließungsgründe vorgeschoben waren.

Einen Verhandlungstermin mit Gaßner sagte von Welck ab

Spätestens jetzt war das Verhältnis zwischen dem Museumsdirektor und der Senatorin zerrüttet. Als die Freunde der Kunsthalle – mit 18 000 Mitgliedern Deutschlands größter Museumsfreundekreis – am 1. Juni im Zusammenhang mit einer Ausstellungseröffnung dazu aufrufen, eine Menschenkette zu bilden und damit gegen die Museumspolitik der Kulturbehörde zu demonstrieren, verlangte die Senatorin von Gaßner, er möge diese Aktion verhindern und notfalls von seinem Hausrecht Gebrauch machen.

Gaßner weigerte sich und konnte die Senatorin dazu bewegen, die Situation offensiv anzugehen und zu den Freunden der Kunsthalle zu sprechen. Dabei schlug der Senatorin heftige Ablehnung entgegen, es gab auch Pfiffe.

Und das bekam der Kunsthallen-Chef bald darauf deutlich zu spüren: Obwohl seine Amtszeit noch bis zum 31. Januar 2011 läuft, bekam er einen neuen Arbeitsvertrag zugesichert. Zunächst glaubte er an einen Irrtum, denn einige darin enthaltene Klauseln waren schlicht unannehmbar. Dazu schrieb die Wochenzeitung „Die Zeit“ Ende Juni: „Nun will die Senatorin den Direktor der Kunsthalle, Hubertus Gaßner, in einem neuen Arbeitsvertrag dazu zwingen, für Verluste künftig zu haften. 20 Prozent seines Gehalts soll er einbüßen, falls er das Museumsbudget überzieht.“

Gaßner hat den Vertrag nicht unterschrieben, sondern Verhandlungsbedarf angemeldet. Für die letzte Augustwoche war ein Termin dafür fest eingeplant. Den hat Karin von Welck vor wenigen Tagen abgesagt.

Stattdessen setzte sie die Personalle Gaßner auf die Tagesordnung der Stiftungsratssitzung, die heute 10 Uhr in der Kunsthalle beginnt. Im Stiftungsrat, der nach dem neuen Senatsbeschluss aus sechs Personen verkleinert worden ist, sitzen einschließlich der Senatorin drei Behördenvertreter, dazu Ekkehard Nümann von den Freunden der Kunsthalle, der Bremer Kunsthallen-Chef Wulf Herzogenrath als externer Sachverständiger sowie der Personalarbeitschef der Kunsthalle. Bei Stimmgleichheit gibt die Senatorin den Ausschlag. Sie könnte Gaßners Vertragsverlängerung also verhindern. Vieles spricht dafür, dass sie es tun wird.